

(A) (Präsidentin Friebe)

unterteilt. Die einzelnen Abschnitte werden bei dem jeweils zutreffenden Einzelplan einzeln aufgerufen und abgestimmt.

Die Abstimmung über die Änderungsanträge zu den Stellenplänen erfolgt vor der Abstimmung über das Haushaltsgesetz.

Weiterhin liegen Ihnen vier Entschließungsanträge vor, und zwar mit den Drucksachen 11/6329 und 11/6471 bis 11/6473. Auch diese werden wie die Änderungsanträge in die Beratung mit einbezogen. Die Abstimmung über die Entschließungsanträge erfolgt jedoch erst nach Verabschiedung des Haushalts in der dritten Lesung am 15. Dezember 1993.

Eine Zusammenstellung der eingegangenen Änderungsanträge liegt Ihnen vor. Ich empfehle, diese Übersicht während der Abstimmung zur Hilfe zu nehmen.

Das im Ältestenrat vereinbarte Beratungsverfahren ist in der vorliegenden Tagesordnung abgedruckt. Danach sind die Gesamtrededzeit und die Rednerzahl nicht begrenzt. Die Einzelrededzeit des ersten Redners jeder Fraktion beträgt 10 Minuten, wobei bei den Einzelplänen 05, 07 und 10 die ersten Fraktionsredner zu den in der Tagesordnung aufgeführten Fachbereichen ebenfalls jeweils 10 Minuten erhalten; die Rededzeit der weiteren Redner beträgt bis zu 5 Minuten.

(B)

Meine Damen und Herren! Zwischen 13.00 Uhr 14.00 Uhr erfolgen keine Abstimmungen.

In welcher Reihenfolge die Einzelpläne aufgerufen und beraten werden, ist ebenfalls aus der Tagesordnung, und zwar auf den Seiten 4 und 5, ersichtlich.

Nach der Beratung des Einzelplans 09 werden die Haushaltsplanberatungen für heute unterbrochen und morgen fortgesetzt.

Meine Damen und Herren, wir treten in die Beratung ein. Ich rufe die Nummer 1 auf:

(C)

Einzelplan 14: Ministerium für Bauen und Wohnen

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung und auf die vorliegenden Änderungsanträge.

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Abgeordneten Zellnig für die Fraktion der CDU das Wort. Bitte schön!

Abgeordneter Zellnig⁷ (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Haushaltsberatungen sind die wichtigsten jährlichen Beratungen des Parlaments. Die Regierung legt für den jeweiligen Sachbereich fest, mit welchem Mittelaufwand sie im kommenden Jahr tätig sein will; das Parlament berät hierüber und setzt gegebenenfalls andere Akzente.

Dieses an sich normale Verfahren gilt in Nordrhein-Westfalen allerdings nur eingeschränkt. Die die Regierung tragende SPD-Fraktion hat offensichtlich ein anderes Verständnis von Haushaltsberatungen: Sie versieht diese Haushaltsberatungen in der Regel nicht mit Anträgen - so auch in diesem Jahr nur mit einem vernachlässigenswerten Antrag -, sondern sie faßt sich immer so auf, daß sie das, was die Regierung vorlegt, sozusagen blind verteidigt. Genauso blind verhält sie sich bei den Anträgen der Oppositionsparteien, indem sie nämlich die vielfältigen Anträge, die vorgelegt werden, mit der Abstimmungsguillotine, wie das hier heißt, bedient

(D)

(Beifall bei der CDU)

und alle sachgerechten Vorstellungen einfach niederstimmt - so geschehen in den letzten Jahren, so auch in den diesjährigen Haushaltsberatungen, so auch in dem Bereich, der jetzt anzusprechen ist: in dem Bereich Wohnungsbau.

Nach den vielfältigen Anträgen, die die CDU-Fraktion in diesem Jahr vorgelegt hat - zum Beispiel will ich nur erwähnen, daß wir nach wie vor die Zusammenführung der Bereiche Städtebau und Wohnungswesen durch entsprechende Entscheidungen fordern;

(A) (Zellnig [CDU])

denn nach wie vor leidet die Arbeit unter dieser unsinnigen und teuren Organisationsentscheidung des Ministerpräsidenten -, möchten wir heute in der zweiten Lesung lediglich noch einen Antrag zur Abstimmung stellen, nämlich durch Veräußerung von 18 Prozentpunkten der 43-%-Beteiligung des Landes an der WestLB 1,25 Milliarden DM zu erlösen, Mittel, die ausschließlich der Förderung eines Wohnungsbausonderprogramms dienen sollen.

Wir wollen mit dem Veräußerungserlös aus der WestLB ein Sonderprogramm zur Förderung von 25 000 zusätzlichen Wohnungen. Wir wollen, daß diese Mittel beim Mietwohnungsbau ausschließlich im Bereich der vereinbarten Förderung mit einem Maximalbetrag von 50 000 DM pro Wohneinheit eingesetzt werden, und wir wollen, daß diese Mittel im Schwerpunkt in die Eigentumsförderung hineinfließen.

Zur Eigentumsförderung tun wir dies insbesondere mit der Begründung, daß die Eigentumsquote im Lande dringend verbessert werden muß. NRW, das sich immer rühmt, Spitzenreiter in allen Bereichen zu sein, muß im Bereich der Eigentumsquote als Schlußlicht im Vergleich zu allen anderen Bundesländern, ausgenommen die Stadtstaaten, erwähnt werden. Ich nenne nur wenige Zahlen zum Vergleich: NRW hat eine Eigentumsquote von 37 %, Hessen von 43 %, Rheinland-Pfalz schließlich, SPD-regiert, von 60 %.

Wir wollen eine stärkere Eigentumsförderung aber auch, um der Verpflichtung aus Artikel 29 der Landesverfassung gerecht zu werden, worin nämlich postuliert ist, daß es eine Verbindung von Grund und Boden mit breiten Schichten der Bevölkerung geben soll.

Wir wollen Eigentumsförderung auch deshalb, weil wir wissen, daß nahezu jede Wohnung, die zum Erwerb von Eigentum freigemacht wird, es eben auch ermöglicht, sozial geförderte Wohnungen für einen Personenkreis freizumachen, der hierauf dringend angewiesen ist. Und wir wissen - das ist kein unbeachtliches Argument in der jetzigen Konjunkturlage -, daß jede Mark, die für die Eigentumsförderung in die Hand genommen wird, Folgeinvestitionen von 2,5 Mark zum Inhalt hat, ein nicht unbeachtliches Konjunkturprogramm in der heutigen Zeit.

(C) Meine Damen und Herren, warum wollen wir die Veräußerung von WestLB-Anteilen mit der Zweckbindung für ein Wohnungsbau-Sonderprogramm?

(Abgeordneter Wolf [SPD]: Weil Ihnen nichts Besseres einfällt!)

Wir hätten diese Forderung in Anbetracht der Haushaltslage gegebenenfalls auch mit einer anderen Zweckzuweisung erhoben.

(Abgeordneter Wolf [SPD]: Das meine ich doch!)

Wir hätten aber eine andere Zweckbindung nur dann vertreten können, wenn die Wohnungsbaupolitik der letzten Jahre als erfolgreich bezeichnet werden könnte, wenn sie wirklich zu einer Linderung von Wohnungsnot beigetragen hätte.

Hiervon kann überhaupt nicht die Rede sein! Das Gegenteil ist der Fall. Ihre Wohnungsbaupolitik, die der Landesregierung, hat die Situation verschärft. Sie ist einfalllos. Obwohl Ihnen aus dem Landeswohnungsbauvermögen, aus dem Landeshaushalt und aus dem Bundeshaushalt nicht unerhebliche Mittel zur Verfügung stehen, fahren Sie nach wie vor eine Wohnungsbaupolitik, die gegenüber den früheren Jahren unverändert ist.

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Wolf [SPD])

Während andere Bundesländer - hören Sie einmal genau zu, Herr Wolf -, insbesondere auch SPD-regierte Bundesländer, handeln, wursteln Sie mit den alten Verfahrensmitteln, mit den alten Wohnungsbaufinanzierungsbestimmungen fort.

(Zustimmung bei der CDU - Abgeordneter Wolf [SPD]: Die anderen bleiben auf ihren Mitteln sitzen ... !)

Während etwa das Land Hessen bereits einen 8. Förderweg kreierte hat, zögern Sie und fahren im Moment gerade mal den 2. Förderungsweg.

Für den freifinanzierten Wohnungsbau, für den Sie im eigentlichen überhaupt nicht zuständig sind, haben

(D)

(A) (Zellnig [CDU])

Sie eine Expertenkommission einberufen, die wichtige Erkenntnisse vermittelt hat, obwohl man sagen muß, daß die Eckdaten, die festgestellt worden sind, durch die Wirklichkeit überholt sind.

Für den sozialen Wohnungsbau, für den Sie Zuständigkeit und nicht unerhebliche Mittel zur Verfügung haben, haben wir eine Expertenkommission beantragt, die einfach aus Sicht des Praktikers einmal Ihr ganzes Förderinstrumentarium auf den Prüfstand stellen sollte. - Das haben Sie abgelehnt.

Ich bin für mich der Frage nachgegangen, warum Sie das eigentlich abgelehnt haben. Kollege Schultz hat einmal gesagt: Wir sind die eigentlichen Experten! - Ja, genauso ist die Wirklichkeit im Lande! Die Zahlen belegen, was für Experten Sie sind. Ich sage Ihnen: Sie haben einfach Angst davor, daß Ihnen unabhängige Experten, wirkliche Praktiker, das bescheinigen, was wir in all den Jahren getan haben, daß nämlich Ihre Wohnungsbaupolitik einfalllos ist und daß sie an den wirklichen Bedürfnissen der Zeit vorbeigeht.

(Beifall bei der CDU)

(B) Ich habe in der "Welt am Sonntag" vom 17. Oktober 1993 gefunden, daß sich der Wirtschaftsminister dieses Landes erfreulicherweise unter dem Aspekt "Standort Deutschland - Standort Nordrhein-Westfalen" auch der Frage zugewandt hat, welchen Beitrag denn der Wohnungsbau für den Standort Nordrhein-Westfalen in Anbetracht der wirtschaftlichen Situation nunmehr leisten kann. Er hat aus dem "Ministerium Brusi" eine Vorlage angefordert, und diese Vorlage ist dem Minister bzw. der Gesprächsrunde auch zugegangen. Ich nenne Ihnen nur - und möchte daraus zitieren - eine kurze Probe dessen, was denn das Wohnungsbauministerium leisten will, um hier zu einer Belebung zu kommen:

Handlungsvorschläge zur Belebung des Wohnungsbaus. Wir wollen die Mobilisierung privaten Kapitals und die Weiterentwicklung der direkten Förderung.

Meine Damen und Herren, zur Weiterentwicklung der direkten Förderung machen wir Ihnen seit Jahren Vorschläge. Andere Bundesländer praktizieren ande-

(C) res und Besseres. Nehmen Sie doch einfach das, was vorhanden ist.

(Beifall bei der CDU)

Sie sagen: Wir wollen die Bereitstellung bzw. Neuausweisung von Wohnbauland. - Prima, kann ich da nur sagen! Ich kann aber hinzufügen: In der Baulandfrage ist außer der Beschreibung des Zustandes in den letzten Jahren nichts passiert.

(Zustimmung bei der CDU)

Sie haben immer darauf verwiesen: Wir brauchen die Harmonisierung von Naturschutz und Baulandfrage. - Nun ist das durch das Wohnungsbauerleichterungsgesetz geschehen. Was machen Sie? - Sie belegen den freifinanzierten Eigentumsbau mit einer Ausgleichsabgabe. Sie belasten ihn, verteuern ihn, und das sind Ihre Maßnahmen in Richtung "freifinanzierter Wohnungsbau".

(Beifall bei der CDU)

(D) Ich bin sehr gespannt auf die Auseinandersetzung, die Sie insofern führen wollen. Insgesamt sage ich: Prima, toll, daß sich auch der Wirtschaftsminister dieser Frage einmal zuwendet, und zwar offensichtlich in der Einschätzung, daß es nicht in Ordnung ist, was in diesem Lande geschieht.

Wir bieten Ihnen noch einmal an - und fordern das auch -: Setzen Sie unabhängige Experten, insbesondere Praktiker, ein, die Ihnen sagen, wie es mit dem Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen vorwärtsgehen kann.

Im übrigen - ich erwähnte es schon -: Für den freifinanzierten Wohnungsbau haben Sie eigentlich keine Kompetenz.

(Abgeordneter Wolf [SPD]: ... Das Land zahlt bei den Steuerausfällen die Hälfte mit!)

Sie setzen eine Expertenkommission ein: Prima! Wichtige Erkenntnisse!

(A) (Zellnig [CDU])

Wo Sie aber selbst Kompetenz haben, wo Sie zu einer Beschleunigung von Wohnungsbau insgesamt beitragen können: Fehlanzeige!

Ich nenne die Bauordnung: Sie kaspert nunmehr mit dem dritten Entwurf in der Bauordnung herum. Sie wollen im nächsten Jahr endlich damit zu Potte kommen.

Ich habe Ihr Verfahren in der Baulandfrage erwähnt, wo Sie zu Erschwernissen und insbesondere auch zur Verteuerung beitragen.

Und wenn Sie über den Bundesrat Vorstellungen einbringen, dann äußern Sie sich dazu, wie die Mieten zu begrenzen, zu reduzieren sind, wie es dazu kommen muß, daß die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen generell verboten wird. - Ich kann nur sagen: Ein Investor, potentielle Investoren, die Sie ja haben wollen, die schrecken zurück und sagen: Das, was hier im Lande gesagt und was im Bund gefordert wird, das ist nicht in Einklang zu bringen, weil Sie im eigentlichen überhaupt kein Verhältnis zu Investoren und zum Wohnungsbau haben.

(Abgeordneter Wolf [SPD]: Das ist sozialistisches Teufelszeug!)

(B)

In Anbetracht der ablaufenden Redezeit möchte ich nur noch ein Letztes ansprechen: Warum fordern wir das Wohnungsbausonderprogramm? - Wenn man objektiv die Eckdaten des Jahres 1990 mit denen des Jahres 1993 vergleicht, dann muß man feststellen: Eigentlich hat Wohnungsbaupolitik durch Sie überhaupt nicht stattgefunden. Im Jahre 1990 haben wir gesagt: Es fehlen 400 000 Wohnungen; es müßten 100 000 gebaut werden. Dieselbe Zahl führen wir im Jahre 1993 an: 400 000 fehlen, 100 000 müßten gebaut werden. - Ja, haben Sie denn überhaupt nichts zur Linderung von Wohnungsnot beigetragen?!

(Zustimmung der Abgeordneten Hieronymi und Dr. Linssen [CDU])

Ich kann es Ihnen sagen: Sie haben es nicht, weil Sie an Ihrer unseligen Formel festhalten, daß ein Drittel

(C)

dessen, was erforderlich ist, der soziale Wohnungsbau leisten müsse. Dazu aber geben Sie ihm nicht die Mittel. Und weil Sie nicht zur Kenntnis nehmen, daß der freifinanzierte Wohnungsbau den ihm zgedachten Beitrag nicht leisten kann, bitte ich Sie zusammenfassend, unserem Antrag zuzustimmen. Nur ein Sonderprogramm vermag die Wohnungsnot in unserem Lande zu lindern. Greifen Sie bitte das auf, was Ihnen der Wirtschaftsminister vorgegeben hat: eine Expertenkommission, die Ihnen sagt, wie man mit dem vorhandenen Geld, über das Sie verfügen, nämlich 3 Milliarden DM, zu einem Mehr an Wohnungsbau kommen kann. Dazu haben wir Ihnen viele Vorschläge zugeleitet.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abgeordneten Wolf das Wort.

Abgeordneter Wolf (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der klassische soziale Wohnungsbau ist tot - es lebe die einkommensabhängige Miete!

Das ist die Steigerung Ihres Redebeitrages; das waren die Kernsätze der wohnungspolitischen Vorstellungen von Frau Bundesbauministerin Schwaetzer.

(D)

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Die hat etwa ganz anderes gesagt).

- Nein. Lesen Sie "Die Zeit" vom 03.12. Genau dies hat sie vor den Delegierten der westdeutschen Wohnungsunternehmen gesagt, und allenfalls Höflichkeitsapplaus war die Folge. Und die Kolleginnen und Kollegen aus der Wohnungswirtschaft, mit denen ich seitdem gesprochen habe, sagen mir: Das paßt vorne und hinten nicht.

Wie lebendig die Leiche ist - Herr Kollege Zellnig, das wissen Sie genauso wie ich; denn Sie sind auch in

(A) (Wolf [SPD])

der WFA -, kann sehen, was in diesen Tagen in die Wohnungsbauförderungsanstalt abgeht.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Sprechen Sie doch einmal über unsere Anträge!)

- Ja, dazu komme ich gleich. - Ich wollte Ihnen nur sagen: Herr Kollege Zellnig behauptet, hier wäre nichts gelaufen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der WFA kloppen Überstunden, arbeiten an Wochenenden, damit bis zum Jahresende unser Programm bewilligt wird.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Ja! - Weitere Zurufe von der CDU)

Und das Programm mit über 34 000 Wohnungen wird in diesem Jahr in fast allen Bereichen zu 100 % abgenommen.

(Abgeordnete Hieronymie [CDU]: Das reicht Ihnen?)

Im Ersten Förderweg geht es weg wie frisch geschnittenes Brot. Nur 310 Wohnungen mußten landesweit umverteilt werden. Das hat es noch nie gegeben.

(B) Der Zweite Förderweg läuft im dritten Jahr endlich so, wie wir es uns vorgestellt haben. Auch dort wird das Programm erfüllt.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Es geht um andere Programme!)

Und im Eigentumsbereich, Herr Kollege Zellnig, geht die Post ab. Die Tendenz der letzten Jahre, daß die Programme, die wir vorgelegt haben, erfüllt werden, läuft auch in diesem Jahr voll ab. Und die Regierungserklärung von Ministerpräsident Johannes Rau von 1990 - mindestens 27 000 Wohnungen pro Jahr - ist seitdem jedes Jahr mehr als erfüllt worden.

Jetzt verweisen Sie auf andere Länder - ich hole mir da einmal die Zahlen heraus - nach dem Motto: Die sind einfach klüger als wir, weil sie auf den Dritten Förderweg setzen.

In 1992 sind die Programme in Baden-Württemberg nur zu 80 % akzeptiert worden; in Bayern und Berlin

nur zu 75 %; in Hamburg nur zu 50 %, und in Hessen, das Sie uns als Beispiel gerade genannt haben, ist das Programm der Landesregierung nur zu 35 % abgenommen worden.

(Abgeordneter Schultz [SPD]: Hört, hört! Was sagt denn Herr Zellnig dazu?)

Aber davor verschließen Sie die Augen. Sie dort auf der rechten Seite sind Träumer. Sie nehmen die Wirklichkeit nicht wahr.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Schultz [SPD]: Sehr richtig!)

Und ich sage das ohne Häme.

(Heiterkeit bei der CDU)

Eines ist und bleibt wahr - und daran müssen wir uns als Wohnungspolitiker halten -: In Baugenehmigungen und in Programmzahlen können keine Menschen wohnen. Menschen können nur in Wohnungen, die bewilligt und fertiggestellt sind, wohnen. Darum geht es, und darauf kommt es an.

Die hohe Akzeptanz unserer Programme - fragen Sie doch die Kolleginnen und Kollegen Investoren, warum Sie uns das Geld abnehmen - liegt daran,

(Abgeordneter Kuhl [F.D.P.]: Weil es keine Alternative gibt!)

daß wir seit Jahren Kontinuität und Verlässlichkeit präsentieren und daß wir jedes Jahr die Wirksamkeit der Instrumente überprüfen und an den Schrauben, um die es geht, drehen, um unsere Programme feinzustellen auf die Bedingungen des Marktes.

Auch im nächsten Jahr werden wir weit über 30 000 Wohnungen bauen. Dafür stehen 3,1 Milliarden DM im Haushalt bereit. Auch wenn der Bund 55 Millionen DM weniger gibt,

(Abgeordneter Schultz [SPD]: Hört, hört!)

werden wir über 30 000 Wohnungen in diesem Land bauen. Wie viele es genau werden, das entscheiden

(C)

(D)

(A) (Wolf [SPD])

wir, wenn wir die Wohnungsbauförderungsbestimmungen festlegen.

In dem Zusammenhang sollten wir doch kurz einmal schauen, wie der Markt zur Zeit aussieht: Die Zinsen sind niedrig wie nie. Die Baukosten explodieren jedenfalls nicht mehr; die Prognose sagt uns: um die 3 % Baukostensteigerung. Die Baulandpreise haben im Anstieg den Gipfel überschritten.

Auf der anderen Seite gibt es aber bei den Mietern Probleme, weil die Einkommen stagnieren bzw. zurückfallen. Darauf müssen wir uns einrichten. Von daher lautet die Frage, die wir zu beantworten haben: Wie können wir den Investoren auch im nächsten Jahr langfristig eine interessante Rendite ermöglichen, während gleichzeitig die Mieten bezahlbar bleiben?

(B) Ihre Antwort auf diese Frage, die immer die Kernfrage von Wohnungspolitik ist: Weniger Darlehen, höhere Mieten - der Dritte Förderweg. Nur, Herr Kollege Zellnig: Bereits im letzten Jahr sind nach Ihrem "Königsweg" bundesweit 13,5 % Wohnungen weniger errichtet worden, weil er kein Königsweg ist, sondern ein Holzweg. In Baden-Württemberg erwartet die Landesregierung in den Großstädten mit diesem Weg, den Sie vorschlagen, verheerende Quoten, weil die Spekulation nicht aufgeht, die im Dritten Förderweg immer enthalten ist. Denn das Ziel heißt hier, die Leute in zehn Jahren an die Marktmiete heranzuführen, weil sie wachsende Einkommen haben und insofern diese Marktmiete zahlen können. Nur, liebe Kolleginnen und Kollegen von der F.D.P. und der CDU: Wenn bei Daimler Stellen gestrichen werden, wenn die Einkommen nicht steigen, sondern stagnieren oder möglicherweise im Rahmen der Vier-Tage-Woche reduziert werden, wer soll denn dann in zehn Jahren die Mieten bezahlen? Die Antwort darauf verweigern Sie. Und deshalb halten sich die Investoren zurück,

(Zuruf des Abgeordneten Schultz [SPD])

weil sie wissen, daß sie da in eine Falle hineintappen. Und wer muß für diese Falle, wenn die Mieten explodieren und diese die Leute nicht zahlen können, geradestehen? - Der Staat. Deshalb sagen wir: Unsere Antworten auf die Fragen sind besser, weil sie am

(C)

Ende preisgünstiger sind und den Menschen gerechter werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich halte nichts von Ideologien - das wissen Sie -, insbesondere nicht im Wohnungsbau. Da geht es nämlich um Zahlen, um Fakten, und der Dritte Förderweg ist die vereinbarte Förderung, die wir auch in Nordrhein-Westfalen praktizieren.

Die Bauministerin klammert sich nicht ideologisch an bestimmte Dinge; sie hat mit der Kombinationsförderung den Weg freigemacht. Es geht darum, auszuformulieren, wie er denn nun aussehen soll. Und Sie haben heute außer der plakativen Forderung: "Weniger Geld und mehr Wohnungen" nichts auf den Tisch gelegt. Schauen Sie in den Antrag. Darin steht nichts, was man belastbar überprüfen kann. Darin steht nichts über die Höhe der Darlehen und über die Laufzeiten. Darin steht nichts über die Höhe der Mieten und über die Anspruchsberechtigten.

Wir haben es Ihnen bereits zweimal gesagt und singen es Ihnen zum dritten Mal vor: Lernen Sie doch endlich! Machen Sie Ihre Hausaufgaben, damit wir über den Antrag vernünftig reden können! Da ist nichts mit Abstimmungsguillotine. Quatsch wird bei uns als Quatsch behandelt und abgelehnt.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Und dazu gehören auch die Modelle, die Frau Schwaetzer vorlegt.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Manchmal wird der Quatsch auch angenommen!)

- Ja, wenn er von euch kommt - aus Sympathie.

(Abgeordnete Schultz-Tornau [F.D.P.]: Hoi!)

Also: Zur Kategorie Quatsch gehört auch das, was Frau Schwaetzer bisher zur einkommensabhängigen Miete vorgelegt hat. Ich habe nichts gegen die einkommensabhängige Miete; wir praktizieren sie in Nordrhein-Westfalen. Denn jeder zahlt Miete. Und wer weniger verdient, als er für seinen Berechtigungsanspruch haben müßte und als von der Miete her

(A) (Wolf [SPD])

erforderlich ist, bekommt einen Härteausgleich, einkommensabhängige Aufwendungszuschüsse. Und wenn man mehr verdient, dann zahlt man Fehlbelegungsabgabe. Man kann zwar sagen, das daß System vorne und hinten nicht so richtig stimmt, aber: Es gibt zur Zeit kein besseres Modell am Markt, das von den Investoren akzeptiert wird.

Das Modell von Frau Schwaetzer wird von allen abgelehnt, weil es nämlich bedeutet: ein ungeniertes Greifen in die Kassen von Ländern und Gemeinden. Dieses Modell sagt: Ich, Bund, mache den feinen Maxe, ich gebe ein Festdarlehen. Aber alles, was der Dynamik von Einkommensentwicklung - und das muß ja, wie wir neuerdings wissen, nicht immer nach oben gehen - und der Dynamik von Mieten unterliegt, tragt ihr, Länder, Gemeinden und Investoren. - Unisono sagen alle, auch die Unternehmer, Herr Kollege Zellnig: Mit uns nicht! Das konnte nur Blauäugige verwundern. Daß die Frau Bauministerin dann den Ansatz von 500 Millionen DM auf 150 Millionen DM heruntergefahren hat und möglicherweise gar nichts los wird, kann wirklich nur Leute verwundern, Herr Kollege, die vom Wohnungsbau keine Ahnung haben.

(B) Der Gedanke "einkommensabhängige Miete" ist nicht schlecht, aber es bedarf noch des Schweißes der Edlen, um zu Regelungen zu kommen, die von allen Betroffenen akzeptiert werden. Frau Schwaetzer hat wieder einmal zu früh gackert, das Ei war nicht gelegt. Und wer im Wohnungsbau gackert, bevor das Ei gelegt ist, baut nicht mehr, sondern weniger Wohnungen.

(Zuruf der Abgeordneten Decking-Schwill [CDU] - Abgeordneter Dr. Rohde [F.D.P.]:
Das waren weiche Eier!)

- Ja, weiche Eier auch, Herr Kollege Rohde.

Was wir brauchen, ist etwas ganz anderes. Was wir brauchen, sind praktikable Ideen. Ich lade Sie ein, daran mitzuwirken. Wie können wir zum Beispiel das Bauen billiger und schneller machen? Wir müssen im nächsten Jahr die WFB und die Landesbauordnung auch im Zusammenhang sehen. Wir haben erste Vorstellungen entwickelt, die wir Ihnen im Frühjahr präsentieren werden.

(C) Wir brauchen Ideen, wie der Investor, der billiger baut und dennoch unsere Anforderungen erfüllt, belohnt werden kann. Wir brauchen Ideen, wie man Menschen - da stimme ich mit Ihnen überein -, die bereit sind, sich für Eigentum krummzulegen, ans Bauen bringen. Da gibt es ein Mittelstandsloch, und das müssen wir füllen. Wir müssen neue Konzepte entwickeln, wie wir die Menschen, denen vielleicht 200 bis 300 DM im Monat fehlen, damit sie ihr Eigenheim realisieren können, über die Hürden bringen. Und wir brauchen Ideen, wie wir der wachsenden Obdachlosigkeit schnell und praktikabel begegnen.

Der GRÜNEN-Antrag greift da zu kurz. Wenn Sie genau hinsehen, stellen Sie fest, daß er nicht zum Wohnungsbauetat gehört, denn Um- und Ausbau machen wir. Der Rest, den Sie fordern, gehört in den Etat des MAGS. Wir haben ihn aber nicht deshalb abgelehnt, sondern weil er mit 5 Millionen DM Anschubfinanzierung für Unterkünfte bei einer Million Menschen, die bundesweit obdachlos sind, nur ein Stückchen Gewissensberuhigung für Sie ist. Da machen wir nicht mit. Was wir brauchen, sind vernünftige, gute Ideen, die die ganze Spannweite des Problems erfassen, nämlich die Verhinderung der Obdachlosigkeit durch frühzeitiges Eingreifen von Gemeinden und Staat bis hin zur Bereitstellung von preiswerten Unterkünften.

(D) Ich sage Ihnen deutlich, Frau Nacken: In diesem Land muß niemand auf der Straße erfrieren, denn es gibt genügend Unterkunftsmöglichkeiten.

(Abgeordnete Hürten [GRÜNE] schüttelt den Kopf.)

Die Städte, egal, ob CDU- oder SPD-regiert, haben Übernachtungsmöglichkeiten angeboten. Sie werden nicht genutzt. Das muß man sich vor Augen halten. Was wir also brauchen, ist ein vernünftiges Konzept.

Wir haben mit Ihnen - da lassen wir uns in der Schärfe nicht übertreffen - den Bericht der interministeriellen Arbeitsgruppe angemahnt. Er ist gestern im Kabinett beraten und beschlossen worden. Unser Drängen hatte Erfolg. Lassen Sie uns jetzt in die Ausschußberatungen eintreten, um zu pragmatischen Lösungen zu kommen, und zwar für staatliches und für umfassendes Handeln auf allen Ebenen.

(A)

Präsidentin Friebe: Herr Kollege Wolf, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordneter Wolf (SPD): Ich komme zum Ende. - Das macht Sinn. Ich lade Sie also ein zu einem konstruktiven Miteinander bei der Bekämpfung der Obdachlosigkeit, aber auch bei den neuen Ideen, die wir brauchen, um den Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen noch effektiver zu machen, als er ist.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Geht das überhaupt?)

Effektiv war er - das zeigt die Erfüllung unserer Programme zu über 100 % in den letzten Jahren. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Kollege Wolf. - Für die Fraktion der F.D.P. erteile ich Herrn Abgeordneten Kuhl das Wort.

(B) Abgeordneter Kuhl (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Bauinvestitionen haben mit dafür gesorgt, daß die westdeutsche Konjunktur langsam wieder nach oben kommt. Die entscheidenden Impulse kamen von der Bauwirtschaft; schön, daß Sie mir das bestätigen, Frau Ministerin.

Aber man muß schon direkt die Einschränkung machen, daß Nordrhein-Westfalen dazu nicht so wesentlich viel beigetragen hat. Um aus Ihrem Einführungsbericht zum Haushalt zu zitieren, sind 1992 ganze 72 400 Wohnungen fertiggestellt worden. Wenn Sie sich die Prognose für 1993 vornehmen, wird in der Bundesrepublik West - ausschließlich alte Länder - damit gerechnet, am Ende des Jahres etwa 525 000 Baugenehmigungen zu haben. Das sind noch keine fertigen Wohnungen, sondern nur Baugenehmigungen. Aber der Anteil Nordrhein-Westfalens, die Bevölkerungszahl zugrunde gelegt, müßte immerhin 110 250 Wohnungseinheiten sein, die durch Baugenehmigung fixiert sind. Da liegen wir weit darunter.

(C)

Sowohl für 1992 als auch für 1993 ist also festzustellen, daß die avisierten Zahlen - mindestens 100 000 neue Wohnungen in Nordrhein-Westfalen -, die Sie ja immer propagiert haben, nicht erreicht werden. Das ist ein entscheidendes Manko, an dem Sie nicht so einfach vorbeikommen.

Eigentlich ein bißchen genüßlich möchte ich mir noch einmal Seite 33 Ihres Einführungsberichts vornehmen. Da führen Sie aus, im Bereich der staatlich geförderten Wohnungen, der gesamten Förderprogramme 1992: 35 500 Wohnungen. - Eine in der Tat stolze Zahl, wenn man die Vorjahre sieht, in denen das erheblich weniger war. Das ist auch, wie Kollege Wolf gerade gesagt hat, sicherlich deckungsgleich mit dem, was der Ministerpräsident erklärt hat, nämlich 27 000 Wohnungseinheiten jährlich.

Das ging für 1993 schon auf 34 600 herunter, also 1 000 weniger. Die Prognose für 1994 - ich zitiere lediglich Ihre eigenen Zahlen, Frau Ministerin -: 30 000. Also noch einmal 4 600 Wohnungseinheiten weniger im Programm.

(Abgeordneter Schultz [SPD]: Ein einmaliges Sonderprogramm können Sie doch nicht dazu rechnen!)

- Ich rechne das alles dazu, denn Sie müssen ja irgendwie auf die 100 000 Wohnungseinheiten kommen.

(Abgeordneter Schultz [SPD]: Sie rechnen falsch! Wissentlich falsch, Herr Kollege!)

Ich prophezeie Ihnen an dieser Stelle: Wir werden in den Haushaltsberatungen des nächsten Jahres eine ähnlich große Zahl feststellen, für das Jahr 1996 aber, wenn der Wahlkampf 1995 abgeschlossen ist, erheblich weniger Wohnungen haben. Dann werden Sie auch die Zahl 27 000 nicht mehr erreichen.

(Abgeordneter Schultz [SPD]: Beschäftigen Sie sich mit den Leistungen Ihrer Bundesbauministerin, Ihrer Parteiangehörigen, die jetzt schon die Mittel kürzt!)

- Dazu komme ich gleich. Kollege Schultz, bleiben Sie ganz ruhig, ich sage gleich etwas dazu.

(D)

(A) (Kuhl [F.D.P.]

Der Präsident des Mieterbundes Schlich hat kürzlich noch einmal drastisch erklärt, daß es verheerend wäre, wenn man die Mittel, die ich gerade erwähnt habe, tatsächlich so herunterfahren würde. Dann würde nämlich die gesamte Konjunktur zusammenbrechen.

Jetzt komme ich zur Bundesbauministerin.

(Abgeordneter Schultz [SPD]: Ja.)

Der Haushalt des Bundesbauministeriums wird mit 10,5 Milliarden DM der höchste Bauhaushalt sein, den wir in den vergangenen Jahren gehabt haben. Er verzeichnet eine Steigerung um 32 % und damit in der Tat die höchste Steigerung aller Ressorts in der Bundesregierung insgesamt.

(Abgeordneter Schultz [SPD]: Da bleibt doch für den Bau nichts übrig. Das wissen Sie. Das hat mit Bauen nichts mehr zu tun.)

- Lassen Sie mich doch einmal fortfahren. Warten Sie doch einmal ab. Seien Sie doch nicht immer so ungeduldig!

(B) Der Gesamtverpflichtungsrahmen im Bauministerium des Bundes steigt um 47,5 %. Gerade Sie von der SPD erklären doch ständig, daß regelmäßig hohe staatliche Aufwendungen Ausdruck einer besonderen wohnungspolitischen Kompetenz sind. Im Gegensatz zu dem, was Sie hier ständig tun, müßten Sie deshalb der Bundesregierung andauernd Applaus zollen. Denn diese nackten Zahlen dokumentieren, wie ich glaube, die hohe Priorität, mit der die Bundesregierung den Wohnungsbau vorantreibt.

(Abgeordnete Nacken [GRÜNE]: Ha! Ha!)

Meine Damen und Herren, jetzt zurück zum Land: Gerade ist der Bereich der Fehlbelegungsabgabe angesprochen worden. Dort ist einer der entscheidenden Kritikpunkte auch der F.D.P. an der Wohnungsbaupolitik in diesem Lande. Denn: Wenn wir uns endlich einmal darauf verständigen könnten, andere Fördermodalitäten zu wählen, hätten wir nicht die Probleme, daß wir rund 16 bis 18 % fehlbelegte Wohnungen haben. Das entspricht einem Volumen von rund 160 000 Wohnungen. Vielmehr hätten wir

(C) dann 160 000 Wohnungen für Menschen, die nicht soviel verdienen.

Jetzt gehen Sie immer hin und sagen: Wir nehmen die Fehlbelegungsabgabe; dafür bauen wir wieder Wohnungen. - Schauen Sie sich doch einmal diese Vergleiche an. Was kommt denn dabei heraus? - Das ist doch eine marginale Größe, die Sie fast vernachlässigen können, sofern Sie sich einmal die Gesamtprobleme im Kontext anschauen.

Meine Damen und Herren, wir haben Ihnen dazu viele Vorschläge unterbreitet, auf die ich nicht im einzelnen eingehen möchte.

(Abgeordnete Nacken [GRÜNE]: Das ist aber schade. Die hätten wir gerne gehört.)

Ich halte es für bedauerlich, daß wir nicht stärker als bisher in den Eigentumsbereich hineingehen. Dort wird genau das konterkariert, was wir eigentlich wollen. Wir alle wissen, daß wir es nicht alleine mit dem sozialen Wohnungsbau schaffen können. Wir brauchen also den freifinanzierten Wohnungsbau.

(D) Dort haben Sie die Ausgleichsabgabe erfunden. Den Mietwohnungsbau lassen Sie dabei heraus. Und genau die Menschen, die im Grunde genommen in der Lage sind, sich ein eigenes Haus zu bauen, das auch finanzieren könnten, belegen Sie bei den Grundstückskosten mit einer Ausgleichsabgabe von zusätzlich 25 DM pro Quadratmeter. Damit erschweren Sie ihnen das Bauen.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Linszen [CDU])

Sie hintertreiben damit die Konjunktur und hintertreiben das, was wir brauchen, nämlich den Neubau von Wohnungen. Das sind die entscheidenden Fakten. Das müssen Sie sich halt sagen lassen. Ich bin erstaunt, daß Ihre merkwürdigen Zwischenrufe jetzt nicht mehr kommen.

(Abgeordneter Schultz [SPD]: Das lohnt sich nicht mehr!)

Meine Damen und Herren, ein anderer Punkt, der uns genauso umtreibt, ist das nach wie vor fehlende Bauland. Ich konzidiere Ihnen, daß das Land das nicht

(A) (Kuhl [F.D.P.]

allein bewältigen kann. Auch die Kommunen sind aufgerufen. Nur bringt es überhaupt nichts, wenn der Städtebauminister Kniola mit seiner Arbeitsgruppe über das Land reist, uns dann im Ausschuß staunend erzählt, wie viele Grundstücke im Grunde verfügbar wären, die aber, wenn Sie genau hingucken, nicht verfügbar sind.

An dieser Stelle muß man dann, bitte schön, seitens der Landesregierung die Kommunen und die Regierungspräsidenten anweisen, die restriktive Praxis aufzugeben und stärker als bisher das Investitions-Erleichterungs- und Wohnbaulandgesetz in Anwendung zu bringen. Das würde in der Tat eine Unzahl zusätzlicher Wohnungen ergeben.

Frau Ministerin, zu diesem Thema habe ich Ihnen gerade wieder einen Brief geschrieben.

(Abgeordnete Rauterkus [SPD]: Oh!)

Wir sprechen häufig über die Sicherung der Ver- und Entsorgung im Außenbereich, und zwar insbesondere dort, wo es um ehemals landwirtschaftlich genutzte Gehöfte geht. Jetzt sind zum Beispiel Ver- und Entsorgung in Voerde gesichert; nur sagt die zuständige Behörde: Nein! Njet! - Dort könnten wir ohne Zuschüsse und staatliche Gelder viele Wohnungen schaffen, weil die Leute das ganz alleine machen wollen. Aber nein, das wird alles konterkariert.

(B)

Die einkommensabhängige Miete hat der Kollege Wolf gerade stark kritisiert. Nur, meine Damen und Herren: Nach den ersten in der Tat recht zögerlichen Ansätzen aus der Wohnungswirtschaft in Nordrhein-Westfalen höre ich inzwischen große Zustimmung. In einem Punkt haben Sie mit dem, was Sie gerade gesagt haben, recht gehabt: Sie betreiben im Grunde nichts anderes.

Wie wird denn bei uns gefördert? - Wir fördern einmal direkt bzw. indirekt, dann gibt es die nächste Förderung über das Wohngeld. Wenn das nicht reicht, führen wir noch einen Härteausgleich ein, und, und, und. Es gibt 35 verschiedene Förderprogramme; kein Mensch blickt dort so richtig durch. Hier könnte man in der Tat etwas machen.

(C)

Mit den Aufwendungsdarlehen ist genau der Bereich angesprochen, der mit der einkommensabhängigen Förderung gemeint ist; denn auch die laufen schrittweise herunter, werden in der Auszahlung also immer weniger. Dann hilft es - um Ihr eigenes Beispiel aufzugreifen, Herr Kollege Wolf - den Menschen überhaupt nicht, wenn Mercedes die Pforten dicht macht. Dann haben Sie letztendlich den gleichen Effekt erreicht. Das muß man schlicht und einfach erkennen.

Zum Dritten Förderweg, den wir immer wieder propagiert haben! Wenn Sie stets auf neue hingehen und uns erzählen, das gehe nur mit einer kommunalen Zuwendung, frage ich Sie: Was machen wir denn heute? - Zwar haben wir in Nordrhein-Westfalen nicht den Dritten Förderweg; aber ich kenne kaum noch eine Kommune in diesem Land, die nicht zusätzlich zu Ihren Förderprogrammen weitere Gelder gibt. Fahren Sie einmal durchs Land; dann werden Sie das feststellen. Das ist also im Grunde genommen auch überhaupt nichts Neues.

Erfreut - das will ich an dieser Stelle auch einmal vermerken - hat mich, daß die Ministerin, nachdem wir vor einigen Wochen auch ein paar Anträge zum Wohnungsbau vorgelegt haben - unter anderem: Bauen ohne Genehmigung -, die von Ihnen sehr skeptisch gesehen worden sind, vierzehn Tage nach dieser Veranstaltung im Landtag in Mönchengladbach auf einem SPD-Forum dann noch sogar einen draufsetzt und sagt: Demnächst machen wir sogar fünf Wohnungen ohne Förderung in einem Haus. - Das finde ich gut.

(D)

Gucken Sie nicht so skeptisch. Das ist nachlesbar, und zwar in den Zeitungen und auch in Ihren eigenen Ausführungen. Ich finde das gut. Das gilt auch für den Bereich "Tochterstädte NRW". Dort haben wir die Beispiele aus den Niederlanden angeführt. Mit den gleichen Argumenten, die wir hier vorgetragen haben, laufen Sie jetzt übers Land. Aber ich sage Ihnen auch dazu: Das finde ich absolut in Ordnung.

Lassen Sie mich zwei Dinge noch einmal herausholen.

(A)

Präsidentin Friebe: Herr Kollege!

(Abgeordneter Kuhl [F.D.P.]: Ich habe gesehen, daß meine Redezeit zu Ende ist, Frau Präsidentin!)

- Also zwei Dinge in einem Satz, wenn es geht!

Abgeordneter Kuhl (F.D.P.): Ich komme auch zum Schluß. - Sie haben in Ihren Haushalt Gewinne aus Unternehmen und Beteiligungen mit 1,2 Millionen DM eingesetzt. Ich habe einmal ausgerechnet, daß diese Summe statt der 1,2 Millionen DM mindestens 12 Millionen DM betragen müßte, wenn Sie endlich das täten, was seinerzeit Herr Zöpel schon zugesagt hat, nämlich Ihre Beteiligung aus der Landesentwicklungsgesellschaft, die sich auf über 200 Millionen DM beläuft, einmal zu einem vernünftigen Prozentsatz von mindestens 5 v. H. zu verzinsen. Dann hätten wir eine Menge mehr Geld für den Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen. Aber da müßten Sie wahrscheinlich endlich über Ihren eigenen Schatten springen. Ich hoffe, daß Sie dazu irgendwann einmal in der Lage sind.

(Beifall bei der [F.D.P.]

(B)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Kollege Kuhl. - Für die GRÜNEN-Fraktion erteile ich der Frau Abgeordneten Nacken das Wort.

Abgeordnete Nacken (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch ich möchte wie Herr Zellnig zu Beginn auf das Ritual der Haushaltsberatungen eingehen. Denn wie in den vorangegangenen Jahren haben wir unsere Anträge und entsprechende Deckungsvorschläge rechtzeitig vorgelegt. Die anderen Parteien hatten Gelegenheit, in ihren Fraktionen und deren Arbeitskreisen darüber zu diskutieren.

Fakt ist aber dennoch, daß zu diesem Zeitpunkt alles gelaufen ist. Unsere Anträge werden, wenn es fachlich keine Gegenargumente gibt, damit abgebügelt, daß unsere finanziellen Deckungsvorschläge nicht mitgetragen werden können.

(C)

Ich sage das vor allem im Hinblick auf die gerade wieder von Ihnen einhellig abgelehnte Aktuelle Stunde zum Thema Obdachlosigkeit. Seit September 1992 liegt diesem Haus ein Antrag meiner Fraktion zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit vor.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei den Plenar- und den Ausschußdebatten wurde immer wieder betont, daß es Handlungsbedarf gibt und weitgehend Übereinstimmung mit unserem Antrag besteht. Schöne Worte ohne jegliche Konsequenz bis heute! Ich finde, das reicht.

Wir haben daher unsererseits ein 55-Millionen-Programm - kein 5-Millionen-Programm, Herr Kollege Wolf - als Sofortprogramm gegen Obdachlosigkeit in die Haushaltsberatung eingebracht. Aber was tut die Mehrheitsfraktion? Sie lehnt jede einzelne Position und eben selbst die genannten 5 Millionen ab, weil der Bericht einer interministeriellen Arbeitsgruppe, auf den wir schon seit über einem Jahr warten, nicht auf dem Tisch liegt. Sie lehnt ihn ab, weil sie unserem Deckungsvorschlag nicht folgen kann.

Meine Güte, wer trägt denn hier eigentlich die Verantwortung: Sie, meine Damen und Herren, oder die Opposition? Sie haben zu keinem Zeitpunkt bestritten, daß Maßnahmen gegen Obdachlosigkeit dringend notwendig sind,

(D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

nicht allein im Bereich des Bauens und Wohnens - da haben Sie völlig recht, Herr Kollege -, aber eben auch in diesem Bereich. Warum handeln Sie dann nicht selber? Verstecken Sie sich doch nicht hinter der Schutzbehauptung, Sie könnten unseren Deckungsvorschlag nicht akzeptieren. Machen Sie doch einen besseren, das ist doch Ihre Aufgabe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei derart fadenscheinigen Argumenten bleibt mir nur festzustellen: Ihre Untätigkeit in diesem Punkt ist wirklich skandalös.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(A) (Nacken [GRÜNE])

Keine müde Mark ist Ihnen diese Gruppe wert, obwohl es hier doch eindeutig brennt. Nicht einmal der Kältetod von Obdachlosen in den Tagen vor unseren Ausschußberatungen hat Sie erweichen können.

Im Gegenteil, Sie lehnen jegliche weitere Beschäftigung mit diesem Thema kategorisch ab. Keine Begründung ist Ihnen sogar zu dumm. Im Ältestenrat ist gegen unseren Antrag "Kältetod von Obdachlosen vermeiden" geäußert worden, diese Frage sei nicht aktuell, weil es in diesem Winter wieder wärmer werde.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Das ist zynisch!)

Die vom Ältestenrat vorgeschlagene Sondersitzung des Fachausschusses kam nicht zustande, weil der Minister erläuterte, die von uns beispielhaft geforderte Öffnung öffentlicher Gebäude als Soforthilfe sei eine kommunale Aufgabe; man habe die Kommunen ausreichend darauf hingewiesen, damit sei die Angelegenheit erledigt.

Ich finde, so einfach können Sie es sich nicht machen.

(B) (Beifall bei den GRÜNEN)

Schauen Sie sich doch an, wie die Kommunen agieren! Äußerst unterschiedlich - zum Beispiel Essen: In dieser Stadt gibt es 1 500 Obdachlose, sie bietet 140 Schlafplätze an und verweist darauf, daß diese nicht ausgelastet sind. Mein Gott, diese Menschen sind auf der Straße vom Wintereinbruch überrascht worden!

Und Sie müssen sich einmal die Zustände in diesen Unterkünften angucken. Es gibt mehr Privatheit in diesen provisorischen Schlafräumen auf der Straße als in den 140 Schlafplätzen in der Stadt Essen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Stadt Essen zieht lapidar den Schluß: Es gibt keine Notwendigkeit für zusätzliche Hilfen. Schon gar nicht wird erwogen, Obdachlose in die gerade so schick aufgemöbelten Bahnhöfe hineinzulassen.

(C)

Es bleibt festzustellen: Obdach- und Wohnungslose haben keine Lobby; sie werden nach wie vor auf die Hilfen der sehr unterschiedlich engagierten Kommunen, der Initiativen und der Wohlfahrtsverbände angewiesen sein. Vom Land ist keine Hilfe zu erwarten. Dennoch werden wir heute noch einmal diesen Antrag hier zur Abstimmung stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nach diesen absolut weißen Flecken in der Wohnungspolitik des Landes werde ich jetzt auf das eingehen, was programmatisch gewollt und Jahr für Jahr umgesetzt wird.

Das Wohnungsbauprogramm 1993 sah die Förderung von 34 600 Wohnungen mit einem Mitteleinsatz von 3,55 Milliarden DM vor. Wir haben gerade gehört, daß die Mittel zu fast 100 % abfließen werden. Das 94er Programm wird sicherlich sehr ähnlich gestrickt sein.

Aber, meine Damen und Herren: Der Mitteleinsatz sagt ja noch nichts über die Qualität des Wohnungsbaus und die Wirkung der Programme aus. Natürlich leisten diese 30 000 bis 35 000 öffentlich geförderten Wohnungen pro Jahr mit ihren sozial gebundenen Mieten einen Beitrag zur Beseitigung der Wohnungsnot. Nur, der überwiegende Teil dieser Wohnungen ist immer noch sozialer Wohnungsbau von der Stange, er gibt keine Antwort auf die veränderten gesellschaftlichen Wohn- und Lebensbedürfnisse. Ein-Eltern-Familien, Wohngemeinschaften von Jung und Alt und Familien, die als gleichberechtigte Partner und Partnerinnen zusammenleben wollen, finden keine geeignete Wohnung oder quetschen sich in zu enge Kinderzimmer und Kochecken. Sie kommen mit dem für eine Eheanlage geplanten Elternschlafzimmer nicht klar.

(D)

Die Bereitschaft, auf Flächen in der eigenen Wohnung zu verzichten und damit Kosten zu reduzieren, stößt an Grenzen, wenn keine brauchbaren Gemeinschaftsräume und Außenanlagen vorhanden sind.

Der überwiegende Teil der Wohnungen gibt auch keine Antwort auf ökologische Probleme: Energiesparen über das bisher Erfolgte hinaus, wasser-, flächensparendes Bauen und die Verwendung umweltfreund-

(A) (Nacken [GRÜNE])

licher Baustoffe sind immer noch die Ausnahme, nicht die Regel im sozialen Wohnungsbau. Ökologie und neue Wohnqualitäten bleiben wenigen Projekten innerhalb eines gerade einmal 1 000 Wohnungen umfassenden Sonderprogramms vorbehalten.

Schluß damit, meinen wir! Wir fordern seit langem: All das muß Regelförderung werden, nicht zuletzt, um die Argumente der aus dem Boden schießenden Bürgerinitiativen gegen sozialen Wohnungsbau zu entkräften. Sie wenden sich gegen Siedlungen à la Chorweiler in der Nachbarschaft und verkleiden damit ihre eigenen Interessen.

(Abgeordneter Schultz [SPD]: Sie bauen doch einen Popanz auf, den es längst gar nicht mehr gibt!)

- Herr Schultz, hören Sie zu. - Aber auch zahlenmäßig bringt uns der öffentlich geförderte Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen nicht auf einen grünen Zweig. Der Neubau kann das klaffende Loch des Fehlbedarfs nicht decken. Das haben wir hier auch schon gehört.

(Abgeordneter Schultz [SPD]: Das ist doch nicht zu glauben!)

(B) Gleichzeitig schmelzen aber die Bestände an preiswerten und gebundenen neuen Wohnungen in Nordrhein-Westfalen wie Schnee an der Sonne. Allein von den 1,5 Millionen Sozialwohnungen, die noch Anfang der 90er Jahre zur Verfügung standen, werden wir Mitte dieses Jahrzehnts nur noch 700 000 haben.

Die preiswerten Bestände privater Investoren schwinden in gleichem Tempo. In diesem Bereich fehlen Maßnahmen der Landesregierung. Es gibt nicht viel mehr als die stumpfen Modernisierungs-, Um- und Ausbaumittel, durch deren Einsatz Sozialbindungen verlängert werden können. Es gibt ein mit großer PR-Aktion angekündigtes Kombiprogramm, d. h. Investoren erhalten öffentliche Mittel für eine Neubauwohnung ohne jegliche Bindung, wenn sie die Sozialbindung für zwei alte Wohnungen verlängern - ganz sinnig, wie ich finde; aber anscheinend funktioniert es in der Praxis nicht bzw. merkwürdigerweise nur bei einer einzigen Wohnungsbaugesellschaft in Nordrhein-Westfalen.

(C)

Unserem Vorschlag, deshalb einen Interventionsfonds für Kommunen einzurichten, aus dem diese gerade im Bereich der Bestandssicherung tätig werden können, sind Sie dagegen auch in diesem Jahr nicht nachgekommen. Sie sehen dafür keinen Bedarf bei den Kommunen.

Wir meinen, es gebe hinsichtlich der Bestandssicherung eine Notwendigkeit zu handeln. Wenn einige Kommunen das noch nicht begriffen haben, dann ist es Ihre Pflicht, sie darauf zu stoßen.

Noch prekärer sieht die Situation aus, wenn wir uns die Seite der Wohnungsuchenden ansehen. Zwei Drittel unserer Bürgerinnen und Bürger sind ja sehr gut mit Wohnraum versorgt. Zugleich steigt aber die Zahl der Menschen, die sich über den Wohnungsmarkt nicht mehr mit Wohnraum versorgen können.

In einer Stadt wie Köln haben beispielsweise 80 % der Wohnungsuchenden Einkommen, die 20 % unter den Einkommensgrenzen liegen. Sie selber, Frau Ministerin, nennen diese Haushalte Geringverdiener und wissen um die Schwierigkeit, daß selbst der soziale Wohnungsbau viele dieser Menschen nicht mehr erreicht. Für mich heißt das: Wir müssen die Wohnungsbauförderung mehr noch als bisher auf diese völlig unter- bis nichtversorgten Haushalte konzentrieren.

(D)

Aber was tut die Landesregierung in dieser Situation? Sie will die Einkommensgrenzen im sozialen Wohnungsbau anheben lassen. Mit dem Blick auf Ihre Klientel, meine Damen und Herren von der SPD, ist das konsequent. Sie sorgen sich vor allem um Haushalte, die aufgrund ihrer Einkommen nicht mehr im sozialen Wohnungsbau untergebracht werden dürfen, die aber aufgrund der derzeitigen überhöhten Mieten auch keine angemessenen Wohnungen auf dem freien Markt finden.

Auf der anderen Seite bedeutet aber gerade Ihr Antrag eine verschärfte Konkurrenz unter den Berechtigten. Denn es stehen ja einfach nicht mehr Wohnungen zur Verfügung. Sie haben ja auch gerade nochmals deutlich gemacht, wie die Entwicklungen auf Bundes-

(A) (Nacken [GRÜNE])

ebene sein werden. Ich halte das in dieser Situation für fahrlässig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie können zum jetzigen Zeitpunkt die Einkommensgrenzen nicht abheben, ohne gleichzeitig mehr Geld für sozialen Wohnungsbau und damit für mehr Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Oder aber Sie müssen, wie wir es gefordert haben, gewährleisten, daß gerade die untersten Einkommensgruppen bei der Wohnungsvergabe stärker als bisher noch berücksichtigt werden.

Beides tun Sie nicht. Auch bei den diesjährigen Haushaltsberatungen haben Sie unsere Vorschläge bezüglich Quoten für Haushalte am unteren Ende der Einkommensgrenzen abgelehnt.

Für uns ist dieser Haushalt nicht richtungweisend. Er gibt keine Antwort auf aktuelle Probleme, ob dies die Versorgung einkommenschwacher Haushalte mit angemessenem Wohnraum ist oder ob es sich um ökologische Probleme handelt. Wir werden ihn ablehnen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(B)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Frau Kollegin. - Für die Landesregierung erteile ich der Ministerin für Bauen und Wohnen, Frau Brusis, das Wort.

Ministerin für Bauen und Wohnen Brusis: Frau Präsidentin! Meine Herren und Damen! In Nordrhein-Westfalen werden in diesem Jahr voraussichtlich 83 000 neue Wohnungen erstellt. Die Baugenehmigungen werden wahrscheinlich die Grenze von 100 000 überschreiten. Damit wird dieses Jahr das erfolgreichste Jahr der Wohnungsbautätigkeit seit zehn Jahren in Nordrhein-Westfalen sein.

Wir haben ein Wohnungsbauprogramm abgewickelt, das zu den größten der letzten zehn Jahre gehört, ähnlich wie 1992 mit etwa 35 000 Wohneinheiten. Wie wir aus den letzten Tagen wissen, sind die Mittel für dieses Wohnungsbauprogramm auch in allen

(C)

seinen Teilen etwa zu 100 % abgeflossen, d. h. wir haben es voll umgesetzt.

In den letzten Jahren haben wir erhebliche Anstrengungen unternommen, den energiesparenden, den ökologischen Wohnungsbau voranzutreiben. Wir haben auch bei den Baumaßnahmen im sozialen Wohnungsbau inzwischen den Niedrig-Energie-Hausstandard erreicht.

Dies nur als einige Schlaglichter auf das, was hier von seiten der Opposition als verfehlte Wohnungspolitik des Landes der letzten Jahre gekennzeichnet worden ist!

Natürlich gebe ich denjenigen recht, die sagen, dies sei angesichts der Lage auf dem Wohnungsmarkt nach wie vor zu wenig. Aber wie wollen Sie denn erwarten, nachdem die Bundesregierung in den 80er Jahren den sozialen Wohnungsbau total heruntergefahren hat, nachdem allen Beteiligten gesagt worden ist, Wohnungspolitik und Wohnungsneubau seien nicht mehr erforderlich - wie wollen Sie denn da erwarten, daß innerhalb weniger Jahre dieses alles wieder so hinaufgefahren werden kann, daß wir Spitzenleistungen erreichen!

(Beifall bei der SPD)

(D)

Selbst die Bundesregierung muß in ihrem Bericht feststellen, daß das Land Nordrhein-Westfalen bei der Förderung des sozialen Wohnungsbaus eine absolute Spitzenposition erreicht hat.

(Erneut Beifall bei der SPD - Zuruf von der F.D.P.)

Meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion und von der F.D.P.-Fraktion, wenn Sie sagen, dies alles sei noch zu wenig - wie wollen Sie denn dann vertreten, daß im Bundeshaushalt 1994 die Finanzhilfen für den Wohnungsbau schon wieder um 240 Millionen DM zurückgefahren sind!

Herr Kuhl, Sie können hier doch nicht mit den gravierenden Steigerungen des Bauhaushaltes des Bundes

(A) (Ministerin Brusis)

operieren. Das hat doch mit Wohnungsbau überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Für den Wohnungsneubau sind die Mittel um 240 Millionen DM gekürzt worden, und die Steigerungen, von denen Sie hier sprechen - das ist Alt-schuldenhilfe für die neuen Bundesländer, hat aber mit Wohnungsbau nichts zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Für 1995 soll nach der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes nochmals eine Kürzung in Höhe von 700 Millionen DM erfolgen. Wie wollen Sie denn das angesichts der Situation vertreten?

Können Sie denn davon ausgehen, daß Länder und Kommunen in der Lage sind, diese Finanzhilfen zu ersetzen? Ich glaube nicht, daß dies möglich sein wird, und ich sage das hier auch schon ganz deutlich, weil Sie, Herr Kuhl, ja schon prognostiziert haben, im nächsten Jahr werde möglicherweise das Volumen des Wohnungsbauprogramms weiter abnehmen. Ja, möglicherweise wird dies geschehen. Aber das hat dann etwas damit zu tun, daß der Bund seine Finanzhilfen drastisch reduziert und wir diese 700 Millionen DM nicht auffangen können.

(B)

(Zustimmung bei Abgeordneten der SPD)

Meine Herren und Damen, lassen Sie mich ein paar Bemerkungen zu den Ausführungen von Frau Nacken machen, die sich ja im wesentlichen mit dem Thema "Obdachlosigkeit" befaßt hat. Frau Nacken, was aus wohnungspolitischer Sicht getan werden kann und was an wohnungspolitischen Vorschlägen aus Ihrer Fraktion gekommen ist, das ist im wesentlichen Fortsetzung der Wohnungspolitik der Landesregierung, wie sie in den letzten drei Jahren stattgefunden hat. Das heißt nämlich, Wohnungsneubau für Haushalte mit niedrigem Einkommen im Ersten Förderweg, im klassischen sozialen Wohnungsbau, zu betreiben und sich auf keine Experimente mit kurzfristigen Bindungen einzulassen, bei denen die Mieten nach Auslaufen der Bindungen sehr schnell auf die Höhe der ortsüblichen Vergleichsmieten steigen und wo dann die öffentliche Hand nachträgliche Zuschüsse zahlen muß-

(C)

te, weil die Mieter nicht in der Lage sind, diese Mieten zu zahlen, und sie dann entweder vor der Obdachlosigkeit stehen oder finanziell völlig überfordert sind.

Bekämpfung von Obdachlosigkeit mit wohnungspolitischen Instrumenten heißt auch, Ankauf von Bindungen im Wohnungsbestand. Dies hat die Landesregierung in den letzten Jahren getan. Überall da, wo Hilfe möglich war, haben wir diese Hilfe gegeben. Wohnungspolitische Instrumente gegen Obdachlosigkeit heißt auch Erhalt von preiswerten Mietwohnungen im Bestand. Das Land Nordrhein-Westfalen war es, das sich darum bemüht hat, ein gesetzliches Verbot der Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen durchzusetzen.

Alle diese wohnungspolitischen Instrumente, die Sie vorschlagen, werden schon genutzt und eingesetzt. Deshalb kann ich Ihrer Auffassung nicht folgen, daß hier in Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren nichts geschehen sei.

Was die Berücksichtigung neuer Wohnbedürfnisse der Menschen im Lande anbetrifft: Wir haben die Modelle gefördert, wo Mieter unter Nutzerbeteiligung ihre Ansprüche an den Wohnraum mitbestimmen konnten. Wir haben verstärkt Altenwohnungen gefördert, die altengerecht und altengerecht hergerichtet werden. Wir haben dafür gesorgt, daß Gemeinschaften von Alleinerziehenden, von Kinderreichen, von Jungen und Alten ihren Bedürfnissen entsprechend Wohnraum bekommen. Aber ich warne vor der Vorstellung, daß dies alles staatlich verordnet werden könnte. Wenn Sie es staatlich verordnen, handeln Sie genau wieder an den Bedürfnissen der Menschen vorbei. Sie können solche Modelle nur dort umsetzen, wo sie von den Menschen gewünscht werden. Denn nicht jeder möchte in einer Wohngemeinschaft leben, so wenig jeder Alte in einem Altenwohnheim leben möchte, sondern viele eben selbständig in ihrer eigenen Wohnung, so daß diese Wohnungen altengerecht hergerichtet werden müssen.

(D)

Meine Herren und Damen, lassen Sie mich noch ein paar Bemerkungen zu einem Bereich machen, der in den letzten Jahren bei den Haushaltsberatungen immer ein bißchen zu kurz gekommen ist, der aber, wie Sie aus den Worten der Frau Präsidentin entnommen

(A) (Ministerin Brusis)

haben, gleichzeitig mit dem Haushalt meines Hauses hier zur Diskussion steht. Das ist der Bereich der Bauverwaltung. Hier nehmen Sie, meine Herren und Damen von den Oppositionsfraktionen, die Fortschritte, die erzielt worden sind, offensichtlich überhaupt nicht zur Kenntnis. Kein Wort darüber, daß es endlich gelungen ist, aus zwei unterschiedlichen Bauverwaltungen dieses Landes eine einheitliche Bauverwaltung zu machen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Kein Wort darüber, daß die Neuordnung der staatlichen Bauverwaltung auf der örtlichen Ebene in diesem Jahr abgeschlossen worden ist,

(Zuruf des Abgeordneten Kuhl [F.D.P])

mit etwa 3 500 Versetzungen von Bediensteten der staatlichen Bauverwaltung, die ohne jedes Stufenverfahren durchgeführt worden sind. Ich glaube, hier muß man auch einmal denjenigen ein Lob aussprechen, die konstruktiv an einer solchen Reform mitgewirkt haben.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Jaeger [CDU])

(B)

Anfang des Jahres 1994 werden wir auch die Neuordnung der staatlichen Bauverwaltung auf der Mittelstufe umgesetzt haben. Diese staatliche Bauverwaltung, die im kommenden Jahr ein Finanzvolumen von zwei Milliarden DM für Neubau und Bauunterhaltung umzusetzen hat, ist eine wichtige Verwaltung unseres Landes, die wir mit dieser Reform effektiver gestalten haben.

(Abgeordneter Schultz [SPD]: Das nimmt die Opposition überhaupt nicht zur Kenntnis!)

Dies nehmen Sie offensichtlich nicht zur Kenntnis.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Herren und Damen, ich möchte meine Rede zum Haushalt nicht abschließen, ohne ein deutliches Dankeschön an all diejenigen zu sagen, die auch 1993 mitgewirkt haben, daß wir nicht nur unser Wohnungsbauprogramm effektiver gestalten konnten, sondern

(C)

daß es auch umgesetzt werden konnte. Dies geht nur mit Hilfe von Kommunen, mit Hilfe von Investoren, mit Hilfe der Wohnungswirtschaft, die hier immer wieder ihre Bereitschaft signalisiert hat, mit uns gemeinsam daran zu arbeiten, daß die Wohnungsnot im Lande behoben wird. Ich hoffe, daß wir diese Bereitschaft aus allen Bereichen auch im nächsten Jahr wieder haben werden.

Wir werden auch im nächsten Jahr wieder ein Wohnungsbauprogramm mit erheblichem Volumen umzusetzen haben. Wir werden hier verstärkt auch noch einmal die Möglichkeiten nutzen, die in diesem Jahr in Form der Kombinationsförderung zum ersten Mal angeboten worden sind, um wieder mehr Wohnungen mit Bindungen zu bekommen. Hier muß noch viel an Informationsarbeit auch in der Wohnungswirtschaft betrieben werden, die dieses Programm offensichtlich noch nicht ausreichend kennt. Ich bin aber überzeugt, daß wir in gemeinsamer Arbeit auch im Jahr 1994 einen guten Schritt vorankommen, den Wohnungsmangel im Lande zu beheben. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Frau Ministerin. - Für die GRÜNEN-Fraktion darf ich noch einmal der Frau Abgeordneten Nacken das Wort erteilen.

(D)

Abgeordnete Nacken (GRÜNE): Frau Ministerin, ich muß noch einmal widersprechen, was das Thema der Obdachlosigkeit angeht. Sie sagen, das, was Sie an Wohnungsbaupolitik machen, wäre genau die Fortsetzung unseres Antrags, und damit wäre das Problem angemessen berücksichtigt. In den Ausschüßberatungen heißt es aber immer wieder, daß es nicht beendet ist, daß Maßnahmen notwendig sind und daß man deswegen auf den Bericht der interministeriellen Arbeitsgruppe wartet, von dem ich jetzt gerade gehört habe, daß er im Kabinett verabschiedet worden ist. Aber ich halte es für einen Skandal, daß man über ein Jahr auf einen solchen Bericht wartet. Hinzu kommt, daß ich genau weiß, daß es in der Arbeitsgruppe unter der Federführung des MAGS großen Streit um diesen Bericht und darüber gegeben hat, was man als Maß-

(A) (Nacken [GRÜNE])

nahmen und als finanzielle Förderung in diesen Haushalt einbringen will.

Jedes Ministerium hat versucht, die Aufgabe wie ein ungeliebtes Kuckucksei aus dem eigenen Nest herauszuhalten und sich diese finanzielle Belastung auf Dauer nicht ans Bein zu binden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich weiß, daß an eben diesem Streit im Vorfeld der Haushaltsberatungen selbst zwei kleine Programme im Maßstab von 5 bis 10 Millionen DM gescheitert sind. Ich verstehe nicht, wie Sie nach diesen Haushaltsberatungen, bei denen es ja um die Verteilung von Finanzmöglichkeiten geht, dann im Januar aufgrund eines Berichtes noch einmal Geld lockermachen wollen. Das sehe ich so nicht. Von daher denke ich, wie ich es eben schon gesagt habe, daß es ein weißer Fleck in der Wohnungspolitik des Landes Nordrhein-Westfalen ist. Ich wäre sehr erfreut, wenn wir dann im Januar zu anderen Schlüssen kämen als Sie das gerade gesagt haben.

(B) Nun noch ein paar Worte zu den Vorschlägen von CDU und F.D.P. Herr Kuhl, Sie nennen die Fehlbelegeabgabe. Sie sagen einfach lapidar, diese Leute besetzen Wohnungen, die andere notwendig brauchen. Da haben Sie völlig recht, aber das ist doch gerade diese Einkommensschicht, die auf der Straße stehen würde, wenn sie in diesen Wohnungen nicht über Fehlbelegerabgabe weiter wohnen dürfte.

(Zuruf des Abgeordneten Kuhl [F.D.P.])

Sie können ihnen doch mit Ihren Modellen keine anderen Angebote machen.

Ihr Dritter Förderweg hat Mieten zur Folge, die gerade diese Menschen nicht zahlen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann noch einmal zur Frage der Ausgleichsmaßnahmen: Konjunktur ist einfach nicht alles in diesem Land, und wenn Sie diese Ausgleichsmaßnahmen, die wir für alle möglichen Eingriffe in Natur haben, dann nicht für den Wohnungsbau haben wollen, dann zeigt

(C) das einmal wieder, daß Ihnen Natur keinen Deut wert ist.

(Abgeordneter Kuhl [F.D.P.]: Quatsch! Das Geld kommt doch nicht dem Wohnungsbau zugute!)

Insgesamt noch einmal zu Ihren Vorschlägen, mit dem gleichen Geld mehr Wohnungen zu bauen. Ihr Zauberstab dabei ist der Dritte Förderweg. Der Haken an der Geschichte sind aber die kurzen, maximal zehnjährigen Bindungsfristen, die hohen Einstiegs-mieten. Die Folge ist, daß wir gerade mit dieser Förderung nicht diejenigen Menschen erreichen, die am stärksten unter der Wohnungsnot und den hohen Mieten auf dem freien Markt leiden.

Die Folge ist auch, daß der Staat nach zehn Jahren dann sicherlich noch einmal Geld nachschießen muß, um die Bindungsfristen wieder zu verlängern, und zusammen mit den kommunalen Zuschüssen im Dritten Förderweg ist diese Förderung dann unter dem Strich mindestens so teuer wie der Ihnen so verhaßte Erste Förderweg. Das sagt Ihnen auch der Deutsche Städtetag.

(D) Die Bundesregierung treibt aber im Gegenteil diesen wohnungspolitischen Unsinn des Dritten Förderweges zur Zeit mit ihrem neuen Finanzierungsmodell auf die Spitze. Kollege Wolf hat das eben schon angedeutet. Unter dem Mäntelchen der einkommensabhängigen Miete, die auch wir wollen, wird hier die Zerschlagung des traditionellen sozialen Wohnungsbaus betrieben.

Ich hätte damit kein Problem, wenn statt dessen ein Modell auf den Tisch käme, das den sozialen Wohnungsbau aus der beschrifteten Sackgasse herausführt, zum Beispiel durch die Einführung von dauerhaften Bindungen, aber nach allen Pressemeldungen bis hin zum "Handelsblatt" scheint uns jetzt das völlige Chaos aus dem Hause Schwaetzer zu drohen.

Größter Haken an der Geschichte: Es riecht wieder einmal stark danach, daß die Kosten auf die unterste Ebene, das heißt auf die Kommunen, verschoben werden sollen. Gesichert ist nur die Grundförderung dieses Modells; die finanzielle Ausgestaltung für die Zusatzförderung ist dagegen offen, so daß die Kom-

(A) (Nacken [GRÜNE])

munen kräftig drauflegen werden müssen. Es werden wieder einmal die Gemeinden sein, die sich um die Wohnungsverorgung der Ärmsten allein kümmern müssen.

150 Millionen DM sollen bereits im nächsten Jahr in Pilotprojekte fließen, und die gesamte Förderung soll dann noch in dieser Legislaturperiode umgestrickt werden. Die angekündigte Reduzierung der Bundesmittel von derzeit knapp 4 Milliarden DM auf 2,8 Milliarden DM bestätigt diese Befürchtung doch ganz deutlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für mich ist das ein Ausverkauf des sozialen Wohnungsbaus ohne jegliche soziale Verantwortung, zu dem es nicht kommen darf. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Frau Kollegin.

(B) Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung, und wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse zunächst über die Änderungsanträge abstimmen, und zwar zuerst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 11/6440 und hier die Nummer 3, Stichwort "Sonderdarlehensmittel für die WFA".

Wer diesem Änderungsantrag der CDU zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - SPD und F.D.P. Enthält sich jemand der Stimme? - Stimmenthaltung bei der Fraktion DIE GRÜNEN. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe den nächsten Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN auf, und zwar die Drucksache 11/6441, Stichwort "Sofortprogramm zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit".

Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Fraktion DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? - Die Fraktionen der SPD, der CDU und der F.D.P. - Enthält sich jemand der

(C)

Stimme? - Das ist nicht der Fall. Dann ist damit dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe jetzt die Abstimmung über den Einzelplan 14 entsprechend der Beschlußempfehlung Drucksache 11/6414 auf.

Wer der Beschlußempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke. Enthält sich jemand der Stimme? - Dann darf ich feststellen, daß der Einzelplan 14 in zweiter Lesung angenommen ist.

Ich rufe die Nummer 2 auf:

Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales.

Ich verweise auch hier auf die Beschlußempfehlung und auf die vorliegenden Änderungsanträge. Der Einzelplan ist hier unterteilt. Ich rufe zuerst auf:

a) Arbeit, Gesundheit und Soziales.

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Abgeordneten Arentz für die Fraktion der CDU das Wort.

(D) Abgeordneter Arentz (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gerade in Zeiten knapper Kassen muß sich Sozialpolitik bewähren. Das bedeutet konkret für Nordrhein-Westfalen - vier Punkte.

Erstens: Staatliche Hilfen müssen auf die Menschen konzentriert werden, die der Hilfe am meisten bedürfen, und das sind Menschen ohne Arbeit, alte und behinderte Menschen, kranke Menschen und Menschen ohne ein Dach über dem Kopf.

Zweitens: Soziale Hilfen müssen, wo immer das möglich ist, dem Prinzip Hilfe zur Selbsthilfe folgen,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

und deshalb haben für die Fraktion der CDU Ehren-